Anlage 1:

Zeitliche Abfolge der Verfahrensschritte aus der Sicht der Stadt Jever

25.05.2011: Der Punkt „Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten; hier. Ausweitung des Krippenangebotes mit dem Beschlussvorschlag zur Planung und Errichtung einer weiteren Krippengruppe am Kindergarten Ammerländer Weg“ stand auf der Tagesordnung des Ausschusses für Schule, Jugend, Soziales und Familie (SchuJu A). In der Sitzung wurde die Beschlussfassung verschoben und die Verwaltung erhielt den Auftrag, mit den privaten Betreibern von Krippen in Jever Gespräche zu führen und zu klären, ob unter Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben eine Zusammenarbeit mit der Stadt möglich ist.

31.05.2011: Der Beschlussvorschlag wurde vom Verwaltungsausschuss bestätigt.

Daraufhin wurden ausführliche Gespräche mit der zuständigen Landesschulbehörde, dem Landkreis Friesland als Jugendhilfeträger und in erster Linie mit den privaten Anbietern geführt. Sowohl die Landesschulbehörde als auch der Landkreis Friesland hatten zwar eine Beteiligung der beiden privaten Anbieter an der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz nicht gänzlich ausgeschlossen, konnten jedoch hinsichtlich der erforderlichen Vertragsmodalitäten keine konkreten Lösungsvorschläge geben. Von beiden Stellen wurde zudem vorrangig die Sicherstellung des Rechtsanspruchs durch eigene Krippen oder anerkannte freie Träger empfohlen, da die Stadt Jever für die Rechtsansprüche der Eltern in der Pflicht steht. Ausfälle im privaten Bereich könnten kaum kompensiert werden und würden zu massiven Problemen führen. Diese gelte insbesondere auch vor dem Hintergrund einer Bindungsfrist bei den mit Landesmitteln geschaffenen Krippenplätzen von 25 Jahren. Mit den beiden privaten Anbietern ist man so verblieben und überein gekommen, die Zusammenarbeit zu intensivieren (Im Rahmen einer gemeinsamen Präsentation auf der städtischen Internetseite, Ferienbetreuung, Hervorheben der Flexibilität der Öffnungszeiten...). Zudem wollte man gemeinsam nach weiteren Möglichkeiten suchen und eine weitere Prüfung der Rechtslage durch die zuständigen Stellen veranlassen.

15.09.2011: Es fand der SchuJuA statt und der Beschlussvorschlag zur Planung und Errichtung einer weiteren Krippengruppe am Kindergarten Ammerländer Weg wurde gefasst. Die anwesenden VertreterInnen der privaten Anbieter waren wie abgesprochen anwesend.

16.09.2011: Mit den Vertretern/innen der beiden privaten Anbieter und Vertretern der Stadt wurde der Öffentlichkeit die vereinbarte Vorgehensweise in einem gemeinsamen Pressegespräch mitgeteilt. Es wurden keine Einwände gegen die Errichtung eines Anbaus an den Kindergarten Ammerländer Weg und auch nicht gegen den Zeitpunkt der geplanten Fertigstellung zum 01.08.2012 erhoben.

04.10.2011: Der Verwaltungsausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag des Fachausschusses zu.

13.10.2011: Der Rat bestätigte mit großer Mehrheit den Beschlussvorschlag des Fachausschusses und des Verwaltungsausschusses.

14.10.2011: Gespräch beim Landkreis Friesland mit VertreterInnen der privaten Anbieter und Vertretern der Stadt. Danach erfolgte umgehend die Antragstellung der privaten Anbieter beim Landkreis auf Aufnahme in den Kindertagesstättenbedarfsplan. Der

Landkreis veranlasste weitere rechtliche Prüfungen des Sachverhaltes.

20.11.2011: Herr Hölscher wies darauf hin, dass die im Protokoll im Fachausschuss vom 15.09.2011 festgehaltene Aussage, dass seitens Frau Hölscher und Frau Gräßner-Weber keine Bedenken mehr hinsichtlich der Schaffung einer weiteren öffentlichen Krippe am Kindergarten Ammerländer Weg bestünden, so nicht getroffen worden sei.

15.12.2011: In der Ratssitzung sprach Bürgermeisterin Dankwardt die Unstimmigkeiten zwischen der Stadt und dem Landkreis hinsichtlich der Zuständigkeitsfrage für die Aufnahme in den Kindertagesstättenbedarfsplan unter dem Tagesordnungspunkt „Wichtige Angelegenheit der Stadt“ an und sagte zu, mit dem Landkreis und der Stadt eine neue Gesprächsrunde zu initiieren. Die Fragen des Herrn Hölscher im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurden seitens der Stadt mit Schreiben vom 20.12.2011 beantwortet.

05.01.2012: Vertreter der Stadt haben mit den zuständigen VertreterInnen des Landkreises ein weiteres Gespräch geführt. Daraufhin erhielten die privaten Anbieter vom Landkreis ein Schreiben, in dem die Rechtslage geschildert wurde. Die Stadt konnte auf dieser Basis die Gespräche mit den privaten Anbietern weiter führen.

09.01.2012: Herr Hölscher teilte in einer E-mail an die Stadt u. a. mit, dass beide private Anbieter nunmehr beabsichtigen, im 2. Quartal des Jahres 2012 ihre kommerziellen Tageseinrichtungen als gemeinnützige Einrichtung zu führen. In den Vorgesprächen, zumindest mit der Stadt, haben die VertreterInnen der privaten Anbieter eine solche Absicht bis zu diesem Tag nicht bekannt gegeben. Es war stets davon auszugehen, dass die Einrichtungen weiterhin als kommerzielle Unternehmen betrieben werden sollten. Von diesem Zeitpunkt an bestand unerwartet eine grundsätzlich andere Gesprächsgrundlage und Bewertung der rechtlichen Gegebenheiten.

26.01.2012: Im Ausschuss für Schule, Jugend, Soziales und Familie wurde der Antrag der CDU auf Aufnahme der privaten Anbieter in den Kindertagesstättenbedarfsplan vertagt, damit erst noch weitere Informationen seitens der Verwaltung zusammen getragen werden können. Herrn Hölscher wurden im Rahmen der Einwohnerfragestunde Fragen beantwortet.

01.02.2012: Vertreter der Stadt führten mit den VertreterInnen der privaten Anbieter ein Gespräch, welche Vorgaben die Tageseinrichtungen unter den neuen Vorzeichen einhalten müssten, um in den Bedarfsplan für Kindertagesstätten überhaupt aufgenommen werden und Fördergelder seitens des Landes erhalten zu können. (Personalkostenzuschüsse, evtl. Umbau oder Zuschüsse zum Kauf von Gebäuden...).

13.02.2012: Seitens der Stadt wurde mit den VertreterInnen der privaten Anbieter ein weiteres Gespräch geführt. In diesem wurde ihnen auch mitgeteilt, welche Planungen die Stadt mit dem Diakonischen Werk zur Erfüllung des Rechtsanspruches anstrebt, zumal man bis zum 09. Januar 2012 davon ausgehen musste, dass die privaten Anbieter die bisherige Rechtsform nicht verändern wollten und somit nicht zu Erfüllung des Rechtsanspruches auf Krippenplätzen berücksichtigt werden konnten.

14.02.2012: Gespräch mit den VertreterInnen der privaten Anbieter beim Landkreis mit Vertreterinnen und Vertretern des Landkreises und der Stadt. Auch hier wurde seitens der Stadt die bisherige Planung zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf Krippenplätze in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk angesprochen und dass bis zu diesem

Zeitpunkt die Stadt die Situation so einschätzt, durch Umwandlung von Kindergartenplätze den Rechtsanspruch erfüllen zu können.

16.02.2012: In der Ratssitzung überreichte Herr Hölscher Frau Dankwardt 550 Unterschriften von Befürwortern der Einbeziehung der privaten Krippen in die Kindertagesstättenbedarfsplanung. Die in der Einwohnerfragestunde vorgetragenen Fragen wurden seitens der Stadt zum Teil in der Sitzung mündlich und soweit wie möglich zum Teil schriftlich mit Schreiben vom 21.02.2012 beantwortet. Die VertreterInnen der Stadt haben weiterhin Gesprächsbereitschaft signalisiert.